

Nachwachsende Rohstoffe zur Energiegewinnung – Neue Probleme für den Gewässerschutz?

Dieser Frage wurde im Rahmen eines internationalen Workshops, den BMU/UBA am 10. Dezember 2007 in Berlin durchführten, nachgegangen. Mehr als 70 Teilnehmer aus den Bereichen Umwelt, Wasserwirtschaft und Landwirtschaft diskutierten erstmalig gemeinsam über mögliche Folgewirkungen der energetischen Biomassenutzung für den Zustand der ober- und unterirdischen Gewässer in Deutschland und in Europa.

Zur wissenschaftlichen Begleitung des Workshops hat das Institut für Ländliche Räume der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) in Braunschweig eine Studie erarbeitet, die relevante Anbauverfahren und Verwertungsketten aus Sicht des Gewässerschutzes bewerten soll. Im Rahmen dieser Studie wurde auch eine breit angelegte Befragung zur Analyse der Ist-Situation in Deutschland und zur Einschätzung realer Entwicklungsszenarien in Deutschland durchgeführt. Befragt wurden Akteure aus den Umwelt- und Agrarressorts der Länder sowie aus der wasser- und landwirtschaftlichen Praxis. Die Erkenntnisse der Befragung erweitern den Stand des Wissens um wesentliche Aspekte. Auf der Veranstaltung wurden erste Zwischenergebnisse vorgestellt.

Weitere Referenten der Europäischen Umweltagentur, aus Österreich und Deutschland repräsentierten die Komplexität und Vielschichtigkeit des Themas. So wurden während des Workshops einerseits die potentiellen Einflüsse des Energiepflanzenbaus auf die Qualität und Quantität der Wasserressourcen und andererseits die Wirkung politischer Förder- und Steuerinstrumente sowie die Handlungsnotwendigkeiten zur Sicherstellung einer gewässerschonenden Biomassenutzung diskutiert. Aus dieser Diskussion kristallisierten sich für beide Schwerpunkte nachfolgende Ergebnisse:

Fazit für die Problemeinschätzung

- Die energetische Biomassenutzung ist einer der Faktoren, die in Europa und in Deutschland zu einer Ausdehnung und Veränderung der landwirtschaftlichen Flächennutzung und zur Erhöhung der Bewirtschaftungsintensität beitragen.
- Potentielle Risiken für die Qualität und Quantität der Gewässer ergeben sich für alle Energieformen durch den Anbau der nachwachsenden Rohstoffe und bei der Erzeugung von Biogas zusätzlich durch den Bau und Betrieb der Konversionsanlagen sowie aus der Verwertung der Gärreste.
- Für eine Bewertung und Risikoeinschätzung des Anbaus von Energiepflanzen müssen die richtigen Indikatoren und Referenzszenarien gewählt werden. Die Zuordnung von Umweltwirkungen des Biomasseanbaus ist nicht immer eindeutig von anderen Triebkräften der Landnutzungsänderung, wie z.B. der Preisentwicklung auf den Nahrungsmittel- und Ölmärkten oder der generellen Nachfrage nach Agrarrohstoffen zu trennen.
- Anbauseitig sind nachteilige Auswirkungen für die Gewässer zu erwarten, wenn der Grad der Intensivierung weiter ansteigt, zunehmend Stilllegungs- und Grünlandflächen in Kultur genommen werden und Anteil der potentiell belastenden Kulturen in der Fruchtfolge zunimmt.
- In Deutschland dominieren zur Zeit Raps und Mais den Energiepflanzenbau. Negative Effekte ließen sich durch gewässerschonende Anbauverfahren, die Nutzung anspruchsloserer Kulturen sowie die zusätzliche Erschließung anderer Energiequellen, wie z.B. Landschaftspflegegut reduzieren.
- Flächenhafte Wirkungen werden auch von der Ausbringung und Verwertung von Gärresten erwartet. Ungenügende rechtliche Regelungen und mangelndes Nährstoffmanagement führen regional zu Nährstoffüberangeboten, zu unkontrollierten Stoffströmen und einer ungenügenden Überwachung von Lagerung und Ausbringung
- Die Planungs- und Genehmigungspraxis für Biogasanlagen wird unterschiedlich bewertet, zum Teil werden gravierende bauliche Mängel und Verstöße gegen die VAWS gesehen.

Fazit für den Steuerungsbedarf

- Die Biomasseproduktion wird von einer Vielzahl energie- agrar- und umweltpolitischer Instrumente bestimmt, die in ihrer Zielsetzung nicht immer konsistent sind.
- Laut Befragung sehen über 50% der Akteure die bestehende politische Steuerungen als nicht ausreichend an, um die Ziele des Gewässerschutzes zu erreichen. Als Gründe werden Regelungslücken, Konflikte zwischen Ordnungs- und Förderrecht sowie Umsetzungs- und Vollzugsdefizite genannt.
- Diskutiert wurde die Reichweite von agrar- und bodenschutzrechtlichen Vorschriften, wie z.B. die Gute fachliche Praxis und Cross-Compliance-Maßnahmen.
- Regelungsdefizite wurden vor allem bei den flächenwirksamen Instrumenten gesehen. Beispiele sind die Aussetzung bzw. Abschaffung der Flächenstilllegung und die Cross-Compliance - Regelungen für Grünlandstandorte nach europäischem Agrarrecht sowie die Erhaltung von Schutzgebieten und Grünlandstandorten nach den landesrechtlichen Vorschriften zum Gewässer- und Naturschutz.
 - Es wird erwartet, dass sich an den aus Gewässerschutzsicht sehr wirksamen Agrarumweltprogrammen wegen der im Vergleich zur energiepolitischen Förderungen geringeren finanziellen Ausstattung zunehmend weniger Landwirte beteiligen, also der Anteil extensiv bewirtschafteter Flächen abnimmt.
- Regelungsdefizite bestehen insbesondere bei der Erzeugung von Biogas
 - Fehlende bzw. uneinheitliche Standards bestehen bei der Planung und Genehmigung von Biogasanlagen. Durch gravierende Mängel beim Bau und Betrieb der Anlagen sowie Nichteinhaltung der VAWs werden lokal Verunreinigungen von Oberflächen- und Grundwasser im Umfeld von Anlagen beobachtet.
 - Bisher gibt es keine ausreichenden Standards für die Lagerung und Ausbringung von Gärsubstraten, die Vorschriften der Düngeverordnung werden als nicht ausreichend angesehen.

Die Ergebnisse des Workshops werden in die weitere Bearbeitung der wissenschaftlichen Begleitstudie der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft

aufgenommen und hier abschließend bewertet. Die Veröffentlichung der Gesamtergebnisse ist für das erste Quartal 2008 geplant. Die Präsentationen des Workshops sind auf der homepage des Umweltbundesamtes unter <http://www.umweltbundesamt.de/wasser-und-gewaesserschutz/index.htm> abrufbar.